Pressemitteilung vom 23.09.2010

FREIE WÄHLER fordern kommunalverträgliche Bundeswehrreform

Florian Streibl MdL – Drohen negative Folgen durch Bundeswehrreform im Oberland? – Kommunen brauchen schnelle Eingreiftruppe für Standorterhalt oder erfolgreiche Konversion der Flächen

Oberammergau / München (lu). Florian Streibl, MdL und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, hat sich mit einer schriftlichen Anfrage an die Bayerische Staatsregierung gewandt, wie sich die Auflösung von Bundeswehrstandorten in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten in den betroffenen Kommunen ausgewirkt haben.

Das Oberland hatte nach der Wiedervereinigung in sehr großem Maße den Strukturwandel der deutschen und der amerikanischen Streitkräfte miterleben müssen, was sich auf den Wirtschaftsstandort nicht unerheblich auswirkte.

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft erläutert in seiner umfassenden Antwort die Folgen vor allem für die Standorte Murnau und Lenggries. Murnau hätte mittlerweile eine größere Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten als vor der Schließung. Dazu Streibl: „Der Markt Murnau hat in vorbildlicher Weise die Konversion des Kemmel-Geländes geschultert, dieser Prozess dauert immer noch an. Allerdings ist ein solcher Erfolg kein Selbstläufer.“

Florian Streibl fordert im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform folgende Eckpunkte ein:

- Erhalt der Bundeswehrstandorte im Oberland als oberste Prämisse. Die hier stationierten Truppenteile stellen ein wichtiges Rückgrat der sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes dar
- Wenn die Staatsregierung es nicht verhindern kann, dass Standorte hier geschlossen werden, muss den betroffenen Kommunen rasch und nachhaltig geholfen werden, eine entsprechend zu bildende „schnelle Eingreiftruppe“ der Staatsregierung hat folgende Aufgaben zu erfüllen:
    - Sondertopf von Mitteln der Städtebauförderung für betroffene Kommunen
    - Aktive Förderung der Wirtschaftsansiedlung – projektbezogene Einrichtung von Wirtschaftsförder-Stellen in den Kommunen unter Kostenübernahme des Freistaats

Streibl weiter: „Herr Seehofer, stehen Sie stramm für unsere Bundeswehrstandorte in Bayern und vor allem im Oberland! Diese wichtigen Eckpfeiler unserer Sicherheitsarchitektur dürfen nicht beim Standorte-Roulette am Kabinettstisch verspielt werden.“

Pressekontakt:
Abgeordnetenbüro Florian Streibl MdL - Ludwig Utschneider M.A. – Referent
Othmar-Weis-Straße 5 – 82487 Oberammergau
Email: referent@florian-streibl.de
Telefon: 08822 / 935282; Fax: 08822/935287 www.florian-streibl.de